

Das

**Bruno Kreisky Forum für internationalen Dialog und das Institut Français Wien**

laden zum Vortrag von

## **Manuel Lucbert**

### **DIE POLITISCHE LANDSCHAFT IN EUROPA**

**Eine Bestandsaufnahme nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden**

Einleitung:  
**Georg Lennkh**

Moderation:  
**Lorenz Gallmetzer**

**Montag | 26. September 2005 | 19.00 Uhr**

**Armbrustergasse 15 | 1190 Wien**

#### **Manuel Lucbert**

Außenpolitischer Redakteur der französischen Zeitung *Le Monde* von 1969 bis 1990. Im Jahre 1991 wurde Manuel Lucbert zum Generalsekretär und Mitglied der Leitungsmannschaft der Zeitung ernannt. Diese Funktion übte er bis 1994 aus, danach wurde er Herausgeber und Chefredakteur der neu geschaffenen Monatszeitschrift *Le Monde des Débats*.

Von 1974 bis 1979 war Manuel Lucbert Chef des Wiener Büros und Korrespondent von *Le Monde* für Osteuropa. Von 1981 bis 1984 berichtete er als Korrespondent in Beijing vier Jahre lang über China. Nach seiner Rückkehr nach Paris wurde er zum Chef des Nordamerika Desks ernannt.

Nachdem Manuel Lucbert im Jahre 1996 seine Tätigkeit für *Le Monde* aufgegeben hatte, wurde er Pressechef des Ministeriums für die Überseeterritorien und danach des Ministeriums für die Beziehungen mit dem Parlament in den Regierungen vom Premierminister Lionel Jospin (1997-2002). Seit 2002 ist Manuel Lucbert politischer Mitarbeiter der sozialistischen Fraktion im Abgeordnetenhaus (Assemblée Nationale) des französischen Parlaments.

Manuel Lucbert ist Herausgeber des Buches von Bruno Kreisky *Die Zeit in der wir leben. Betrachtungen zur internationalen Politik* (Molden Verlag, 1978).

#### **Lorenz Gallmetzer**

geboren 1952 in Bozen. Matura in Wien, Studium der Romanistik. Seit 1980 Journalist beim ORF, seit 2001 Reporter für die Sendung *Weltjournal*.

#### **Georg Lennkh**

Sehr verehrte Damen und Herren, ich darf Ihnen einen guten Abend wünschen und Sie im Namen des Bruno Kreisky Forums und des Vorstands sehr herzlich willkommen heißen. Ich freue mich, dass zu diesem Thema doch so viele erschienen sind. Ich möchte ganz besonders auch begrüßen die beiden Herren, die den heutigen Abend bestreiten werden, Manuel Lucbert und Lorenz Gallmetzer. Das Thema *Die politische Landschaft in Europa nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden* ist ein Thema, das sich ständig wandelt, aber das noch Jahre mit uns bleiben wird, und wo wir uns alle verschiedene Nachdenkpausen verordnet haben. Gerade dazu wird der Beitrag von Manuel Lucbert ein interessanter sein. Lorenz Gallmetzer, sein Lebenslauf ist wirklich nur in aller Kürze dargestellt, ich möchte eine

Sache dazu sagen. Lorenz Gallmetzer war zwölf Jahre lang ORF Korrespondent in Paris, von 1987 bis 2001 mit einer Unterbrechung, und kennt daher die Verhältnisse in Frankreich ganz besonders gut. Manuel Lucbert wieder kennt Österreich sehr gut. Er war hier als Leiter des Osteuropabüros von *Le Monde* fünf Jahre tätig und hat in dieser Zeit auch ein Buch mit Bruno Kreisky gemacht, *Die Zeit, in der wir leben*. Das ist auch die Zeit, in der wir uns kennen gelernt haben. Er war dann weiter bei *Le Monde*, war Generalsekretär von *Le Monde* und ist dann in die Politik gegangen als Mitarbeiter in zwei Regierungen Jospin. Ich möchte auch Anita Rind begrüßen, die Frau von Manuel Lucbert. Ich freue mich sehr, sie hier und heute zu sehen. Lorenz Gallmetzer wird die Moderation machen, aber eigentlich ist er auch als Ko-Diskutant vorgesehen. Jetzt kommt der Vortrag von Manuel Lucbert, dann Lorenz Gallmetzer, und nachher wird es sicher einiges zu diskutieren geben. Danke vielmals.

### **Manuel Lucbert**

Guten Abend. Ich danke Herrn Botschafter Georg Lennkh, meinem guten Freund, und Frau Gertraud Auer Borea d'Olmo für die Veranstaltung dieses Abends. Es ist für mich eine Freude und zugleich eine Ehre, hier eingeladen zu sein, besonders in diesem Haus zu sein, wo ich lange Stunden Gespräche mit dem damaligen Bundeskanzler Kreisky geführt habe.

Das Thema von heute heißt *Die politische Landschaft in Europa* nach den beiden Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden. Man könnte gleich hinzufügen auch nach den Wahlen in Deutschland und den gestrigen Wahlen in Polen. Das ändert meiner Meinung nach nicht viel im Bild. Als überzeugter, wenngleich auch kritischer Befürworter dieses Vertrags, wird das meine Beurteilung der aktuellen Lage nicht ändern. Nach all diesen Ereignissen, die deutschen Wahlen und die polnischen Wahlen, wird sie nicht optimistischer sein. Meine Beurteilung der politischen Aussichten in Europa nach all diesen Ereignissen ist nämlich ziemlich pessimistisch. Nach dem 29. Mai, dem Tag der Abstimmung in Frankreich, hat ein französischer politischer Beobachter geschrieben, dass man die ganzen Folgen dieses Ereignisses erst in fünfundzwanzig oder dreißen Jahren umfassen wird. Ich neige sehr dazu, diese Meinung zu teilen.

Was an diesem finsternen Tag am 29. Mai geschehen ist in Frankreich, hat viele Leute nicht nur bei uns sondern auch in ganz Europa erschüttert. Wie kann es möglich sein, dass Frankreich, ein Gründerstaat der Europäischen Gemeinschaft, das Land großer Europäer wie Jean Monet und Robert Schuman sowie Jacques Delors und Francois Mitterrand, europamüde oder sogar europafeindlich geworden ist, und das zu erkennen gibt in einer so auffallenden Weise? Man hatte bloß vergessen, dass Frankreichs Verhältnis zum europäischen Vorhaben immer sehr zwiespältig gewesen ist. Das französische Nein zur europäischen Verfassung muss uns an ein anderes prägnantes politisches Ereignis erinnern, das Mitte der 1950er Jahre eintraf. Ein Ereignis, das die Gestalt, den Inhalt und die Entwicklung des europäischen Aufbaus nachhaltig beeinflusst hat. Ich denke an das Verweigern des französischen Parlaments im Jahre 1954 den Vertrag betreffend, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu ratifizieren. Ein halbes Jahrhundert nach diesem Veto gibt es in der Europäischen Union immer noch keine gemeinsame Verteidigungspolitik. Man kann also gar nicht pessimistisch genug sein, was die Zukunft der europäischen Verfassung angeht, wenn man diesen historischen Hintergrund in Betracht zieht. Vielleicht wird die Europäische Union um das Jahr 2050, falls sie in jener entfernten Zeit immer noch besteht, endlich eine Verfassung bekommen, oder nicht. Die imponierende Persönlichkeit von Jacques Delors, der zehn Jahre lang als Präsident der Europäischen Kommission im Vordergrund der europäischen Politik gewesen ist, und Delors unermüdliche Anstrengungen, die Währungsunion zu verwirklichen, haben viel dazu beigetragen, den Glauben zu verbreiten, dass die Franzosen sich zur europäischen Sache ein für alle Mal bekehren hatten lassen. Man

hatte aber vergessen, dass der Maastricht Vertrag 1992 trotz des entschiedenen persönlichen Einsatzes vom damaligen Präsidenten Mitterrand nur mit einer knappen Mehrheit von 51% der Stimmen gebilligt wurde. Tatsache ist, dass ein bedeutender Teil der Bürger, die vor dreizehn Jahren für Maastricht gestimmt hatten, heute diese Entscheidung bereuen und sie als einen Irrtum einschätzen.

Was ist also seit Maastricht geschehen, das einen Meinungsumschwung eines bemerkenswerten Teils der französischen Wähler, besonders der linken Wähler, erklären könnte? Bevor wir über die politischen Aussichten in der EU spekulieren, müssen wir versuchen, diese Frage zu beantworten. Dieses Bemühen ist umso mehr nötig, als nicht nur Frankreich sondern ein zweiter Staat, die Niederlande, den EU Verfassungsentwurf abgelehnt hat. Was wären die Ergebnisse gewesen, wenn man Volksabstimmungen in Deutschland, Belgien, Österreich oder in Polen organisiert hätte, nicht zu sprechen natürlich von Großbritannien. Trotz innenpolitisch spezifischen Umständen gründen meiner Meinung nach die negativen Antworten in Frankreich und den Niederlanden zum großen Teil in denselben Ursachen. Die französischen wie die holländischen Wähler haben nicht so sehr Nein zur europäischen Verfassung gesagt als zum heutigen Europa, wie es ist und wie sie es wahrnehmen.

In Frankreich z.B. hat die Hälfte der Wähler zugegeben, dass sie sich wenig oder überhaupt nicht für das genaue Thema der Abstimmung, d.h. die Verfassung, interessiert haben. Dieser Prozentsatz ist noch größer bei den Nein-Wählern gewesen. Meinungsumfragen besonders in Frankreich zeigen, dass zwei Faktoren grundsätzlich eine Rolle beim Entschluss der Nein-Wähler gespielt haben.

Erstens: Die Nein-Wähler, besonders die Nein-Wähler von links, betrachten die jeweiligen Regierungen und die europäische Struktur in Brüssel als unfähig, das wirtschaftliche Wachstum im Euro-Land zu fördern und die massive Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Der Maastricht-Vertrag wurde den Wählern verkauft mit dem Versprechen, dass die Einführung einer gemeinsamen Währung ein wichtiger Faktor wäre, um die Wirtschaften der Staaten, die mitmachen würden, kräftig in Schwung zu setzen. Nichts davon sei geschehen, sagen diese Wähler. Weiters scheint die EU ihrer Meinung nach unfähig, die Arbeitnehmer vor den Gefahren der Globalisierung zu bewahren. Viele teilen den Eindruck, dass Europa nicht mehr ein schützendes Haus gegen die Bedrohungen von der Außenwelt ist und insbesondere gegen das Verlegen von Produktionsstätten und Investitionen in Länder, wo die Arbeitskosten niedriger sind. Sie sind sogar manchmal überzeugt, dass Europa ein Werkzeug der Globalisierung und nicht mehr ein Schutzschild sei, dessen Hauptfunktion sein sollte, den sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand unserer Gesellschaften zu bewahren. Nach Meinungsumfragen hatten 72% der französischen Nein-Wähler Angst um ihre persönliche und berufliche Zukunft. Ihre Wahl ist also eine der sozialen Angst gewesen. Die Arbeiter zu fast 80%, die Angestellten, die Arbeitslosen haben mit einer überwiegenden Mehrheit Nein gesagt, so wie die Landwirte zu 70% und obwohl mit einem kleineren Prozentsatz die Handelsleute und die Handwerker. Bemerkenswert ist, dass nur die Freiberuflichen, die leitenden Angestellten und die Arbeitgeber mehrheitlich Ja gesagt haben. Die Wahllandkarte nach dem Referendum zeigt ein gespaltenes Land. Die Großstädte wie Paris und Lyon, wo die Gehälter und die finanziellen Bezüge der Einwohner relativ hoch sind oder höher sind, haben Ja gesagt, während das Nein in den kleineren Städten und Gemeinden und auf dem Land triumphiert hat. Zweitens: Viele Nein-Wähler in Frankreich wie in den Niederlanden haben außerdem auf die EU Strategie der kontinuierlichen Erweiterung reagiert. Für manche sieht diese Politik wie eine unvernünftige Flucht nach vorn aus. Und sie teilen die Meinung, dass

diese Strategie das Risiko eines Identitätsverlustes Europas und seine Unregierbarkeit mit sich bringt.

Das Thema der Erweiterung erlaubt mir auf die Bemerkung zurück kommen, die ich hinsichtlich der Zwiespältigkeit Frankreichs gegenüber Europa gemacht habe. General de Gaulle soll einmal gesagt haben, dass Europa für Frankreich ein Ersatz für sein verschwundenes Kolonialimperium sei. Anders gesagt hat der französische Staat lange Europa als ein größeres Frankreich betrachtet. L'Europe c'est la France en grand, wie manche es während des letzten Referendums noch formuliert haben. In einer Europäischen Union, die heute 25 Mitgliedsstaaten zählt, morgen 27, übermorgen vielleicht 30 Mitglieder haben wird, gilt eine solche Behauptung natürlich nicht mehr. Als logische Konsequenz dieser Sachlage hat Europa in der französischen politischen Elite aber auch beim einfachen Volk sehr an Bedeutung verloren. Hubert Vedrine, der ehemalige Außenminister von Lionel Jospin, hat vor ein paar Jahren dieses Gefühl etwas scharf ausgesprochen: „Was zu zwölf noch eine Gemeinschaft war, ist zu fünfzehn eine internationale Organisation wie jede andere geworden.“

Natürlich hat in diesem Kontext die Frage der Türkei eine nicht geringe Rolle gespielt besonders bei den Nein-Wählern von rechts, aber nicht nur. Frankreich wie die Niederlande, beide frühere Kolonialmächte, machen eine tiefe Identitätskrise durch. Diese zwei Staaten sind diejenigen, die innerhalb der EU den höchsten Prozentsatz von Moslems, 6% in den Niederlanden, zwischen 8% und 9% in Frankreich, haben. Ist es ein völliger Zufall, dass es eben diese zwei Staaten sind, die ein Nein zur Entwicklung der Europäischen Union ausgesprochen haben vielleicht in der Hoffnung, dadurch die künftige Eingliederung der Türkei zu verhindern? Natürlich ist das eine Mutmaßung. Aber ich glaube schon, dass man sie nicht unbetrachtet vom Tisch weisen darf. Ich muss hinzufügen, dass ich persönlich eher für einen Beitritt der Türkei wäre.

Welche glaubwürdigen Aussichten gibt es nun für einen europäischen Aufbau vor diesem schwierigen Hintergrund? Manche Mitgliedsstaaten sagen heute, dass es die erste Aufgabe der europäischen Regierungen nach einer so brisanten Pleite ist, ihren Völkern zuzuhören, bevor irgendwas getan wird. Schön und gut. Aber wie will man vermeiden, dass diese Pause sich nicht in ein dauerhaftes Sitzenbleiben verändert? Die Europäische Kommission soll eine weite Debatte in ganz Europa organisieren. Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament wollen auch Bürgerforen organisieren. Aber keiner hat eine genaue Idee wie, mit wem und worüber.

Welche sind die Probleme, die jetzt auf dem Tisch liegen? Erstens die institutionelle Reform. Meiner Meinung nach ist der Verfassungszug für eine lange Zeit aufs Abstellgleis geraten. Außer einer Hand voll von Experten interessiert diese komplizierte Maschinerie die Öffentlichkeit sowieso nicht. Man muss sich also daran gewöhnen, für lange Zeit mit dem Nizza-Vertrag zu leben. Darf ich daran erinnern, dass nach seinem Aushandeln gesagt wurde, dass dieser Nizza-Vertrag für die Zukunft Europas ein Unheil sei. Eine Meinung, die übrigens nicht von allen geteilt wurde. Denken wir nur an die politische Parole der polnischen Rechten: „Nizza oder der Tod“. Diese Rechte, die gestern die Wahlen in Polen gewonnen hat. Deshalb auch ein Grund für meinen Pessimismus. Selbst der Begriff von Verfassung muss vergessen werden. Man hätte lieber Jacques Delors zuhören sollen, der im Jahr 2000, also vor dem Beginn des Verhandlungsprozesses, gewarnt hatte, lieber ein guter Vertrag als eine schlechte Verfassung. Hubert Vedrine hat radikale, aber vielleicht nicht unrichtige Schlussfolgerungen aus der jetzigen Lage gezogen. In einem Beitrag zum nächsten Parteitag der französischen sozialistischen Partei im November schreibt er, dass das Scheitern des Verfassungsentwurfes

„das Ende der föderalistischen Illusion“ bedeute. Um das Gefühl der Ohnmacht zu vertreiben, werden sich vielleicht die Staats- und Regierungschefs in ein paar Jahren über einige kleinere Maßnahmen einigen wie z.B. die größere Rolle der nationalen Parlamente für die Kontrolle der Subsidiarität oder die Möglichkeit von Volksinitiativen in der EU. Ich halte aber das Abhalten einer neuen Verhandlungsrunde für völlig unmöglich. Was könnten die Staaten, die die Verfassung schon ratifiziert haben, überhaupt verhandeln?

Zweiter Punkt: die Frage der Erweiterung. Nach der vorgeplanten Erweiterung um Rumänien und Bulgarien im Jahr 2007 oder 2008 wäre es meiner Meinung nach sehr vernünftig, sich eine lange Denkpause zu verordnen. Die Union braucht Zeit, um die Erweiterung vom Jahr 2004 zu verdauen. Was die Türkei anbelangt, scheint mir die Perspektive ihres Beitritts in die EU höchst problematisch. Mit der neuen politischen Situation in Deutschland wird die Türkei mit einer nicht mehr so starken Unterstützung von Berlin rechnen können. Was Frankreich anbelangt, wackelt seine Haltung in dieser Frage. Der französische Premier de Villepin hat es Anfang August deutlich zu verstehen gegeben. Und zwei prominente französische Politiker, Nicolas Sarkozy für die Rechte, Laurent Fabius für die Linke, die in den nächsten Präsidentschaftswahlen kandidieren wollen, haben sich gegen den Eintritt der Türkei in die EU gestellt.

Wichtiger als die Frage der Erweiterung scheint mir die der Fähigkeit der Mitgliedsstaaten, gemeinsame Projekte und Aktionen zu führen, sei es unter der im aktuellen Vertrag vorgesehenen Form der verstärkten Kooperation oder im Rahmen eines lockeren Prozesses. Diese Kooperationsweisen existieren schon. Sie sollten mehr und mehr an Substanz und Bedeutung gewinnen. Zum Beispiel die Euro-Gruppe mit ihren für zweieinhalb Jahre gewählten Vorsitzenden. Es wäre wünschenswert, dass diese Gruppe in der Zukunft eine stärkere Rolle spielt, denn sie stellt den Kern der Europäischen Union dar. Sie könnte dazu beitragen, die Wirtschaftspolitik der verschiedenen Euro-Länder anzunähern. Merken wir auch an, dass die fünf größeren Mitgliedsstaaten jetzt die Gewohnheit angenommen haben sich zu treffen, um über Sicherheitsfragen, Immigration, Kampf gegen den Terrorismus zu diskutieren. Diese Zusammenarbeit zu fünft, morgen vielleicht zu sechst, wenn Polen mit eingegliedert ist, wird weiter gehen und sich wahrscheinlich vertiefen. Anderes Beispiel: die Nuklearverhandlungen mit Iran. In der Tat sind die Gespräche nur von drei EU-Mitgliedsstaaten, Großbritannien, Frankreich und Deutschland, geführt. Es gibt andere mögliche Kooperationsgebiete, z.B. Verteidigung, Energie, Forschung, Umwelt. Nur fehlt der Wille einer entschiedenen Gruppe von Staaten voran zu gehen, wie es in der Vergangenheit mit dem Schengen-Abkommen gemacht wurde.

Dritter Punkt: die soziale Frage. In den sozialen Fragen werden die Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedsstaaten in der Zukunft wahrscheinlich hart sein. In mehreren Mitgliedsstaaten wird man sehr aufmerksam dem Entscheidungsprozess der so genannten Wolkenstein-Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt folgen. Diese Richtlinie darf in keinem Fall dem Sozialdumping Vorschub leisten. Deshalb muss die Formulierung des Textes jede Zweideutigkeit vermeiden. Den europäischen Arbeitnehmern soll keine Botschaft gesandt werden, die für sie eine erhöhte soziale Unsicherheit signalisiert. Ebenso wichtig, mindestens für Frankreich, wäre in den zwei kommenden Jahren ein Gesetzesvorschlag seitens der Kommission über die öffentlichen Dienste. Bemerkenswert im letzten französischen Referendum ist die Tatsache, dass die Beamten und Angehörigen der öffentlichen Dienste im Gegensatz zu Maastricht mehrheitlich gegen die europäische Verfassung gestimmt haben. Dieser Meinungsumschwung des kleinen und mittleren Staatsbürgertums, wie es der französische Soziologie Emanuel Todd genannt hat, hat in der Ablehnung des Entwurfes eine entscheidende Rolle gespielt. Die Staats- und Regionalbeamten fühlen sich in Frankreich als

Wächter des republikanischen und sozialen Urbilds. In einer gewissen Weise bedeutet ihre Ablehnung der europäischen Verfassung, dass sie heute im Gegensatz zu früheren Zeiten das europäische Vorhaben als eine Gefahr für das französische Modell als Kern des französischen Zusammenseins betrachten. Das Nein einer Mehrheit dieser wichtigen Bevölkerungsschicht appelliert an den französischen Staat ausdrücklich, die Werte der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Wohlstands gegenüber den Kräften des Wirtschaftsliberalismus zu verteidigen. Dadurch sieht man, wie eng in der französischen Debatte über Europa die soziale Frage und die nationale Frage verknüpft sind.

Vierter Punkt: die Frage der Solidarität. Nach den zwei gescheiterten Volksabstimmungen kündigen manche das Ende der Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten an. Was während des Europäischen Rates im Juni in der Frage des EU Haushalts geschehen ist, bestätigt auf alle Fälle die allgemeine Rückkehr zu den nationalen Egoismen. Besonders unsinnig ist die Haltung der sechs Nettobeitragsländer, darunter Frankreich und Österreich, aber auch Großbritannien, Deutschland, die Niederlande und Schweden, die in dieser Frage eine Kampfhaltung gegen eine Erhöhung der finanziellen Mittel für die EU eingenommen haben. Ein Zuwachs des EU Haushalts scheint auch höchst wünschenswert, wenn man eine raschere Integration der neuen Mitgliedsstaaten fördern würde, wie es in der Vergangenheit beim Eintritt von Spanien und Portugal gemacht wurde. Das sehr arrogante Verhalten des britischen Premiers in der Frage der Agrarpolitik wird überhaupt zu nichts führen. Breite politische Kreise in Frankreich sind davon überzeugt, dass die gemeinsame Agrarpolitik sich in der Zukunft an neue Umstände anpassen wird müssen. Das wäre übrigens nicht das erste Mal. Die Lösung kann aber nicht darin bestehen, dass die Agrarpolitik, die lange die schützende Rolle Europas gegenüber der Außenwelt verkörpert hat, mehr und mehr von den nationalen Budgets finanziert wird. Denn das würde eben das Ende der europäischen Solidarität bedeuten. Man kann also befürchten, dass Tony Blair während seiner Präsidentschaft das Ziel verfehlt. Als Konsequenz davon wird Großbritannien wahrscheinlich am 31. Dezember die Frage des EU Haushalts ungelöst Österreich übergeben. Ich wünsche der österreichischen Diplomatie, die sicherlich in ihrer Reihe viele Talente hat, viel Erfolg.

Außer der Suche nach konkreten Lösungen für die Probleme der täglichen Politik müssen sich aber die europäischen Staatsmänner eine viel tiefer gehende Frage stellen. Meinungsumfragen zeigen, dass eine Mehrheit, genau 57%, der Nein-Wähler in Frankreich die Fortsetzung des europäischen Aufbaus wünschen. Das bedeutet also in klarer Weise, dass die richtige Frage nicht „wollen wir Europa aufbauen oder nicht“ ist sondern „was für ein Europa wollen wir aufbauen“. Für die europäischen Völker sind die europäischen Probleme nicht mehr außenpolitische Probleme. Die gehören jetzt zum Teil zum Bereich der Innenpolitik. Mit ihren negativen Antworten haben die Franzosen wie die Holländer eine Botschaft an ihre nationalen Regierungen wie an die europäischen Behörden geschickt und diese Botschaft heißt klar Kurswechsel. In Europa ist der Nationalstaat als Konsequenz der Entwicklung des Marktes historisch entstanden. Zur Zeit ist dieser Nationalstaat für viele Bürger immer noch der einzige legitime Rahmen der demokratischen Debatte und der Ausübung der Souveränität. Vom historischen Standpunkt ist, was die jetzige Zeit von früheren Zeiten unterscheidet, dass der Markt heute keine Grenzen mehr im europäischen Raum kennt, aber dass es noch keinen vereinten europäischen Staat gibt. Vom wirtschaftlichen Standpunkt ist Europa schon ein einziges Land, nur wissen es die Leute in Europa noch nicht ganz. Das erinnert mich an das Wort eines berühmten italienischen Politikers, der im Jahr 1861 nach der Vollendung der italienischen Einheit sagte, wir haben Italien geschaffen, jetzt müssen wir Italiener schaffen. In einem gewissen Sinne ist Europa schon geschaffen. Wo sind aber die Europäer? Wir machen in Europa eine Übergangszeit durch, in der entgegen gesetzte Kräfte wirken. Und das macht eben die politische Entscheidung der Bürger schwierig.

In seinem letzten Buch *Der europäische Traum* schreibt der amerikanische Denker Jeremy Rifkin, dass dieser europäische Traum „die schönsten Bestrebungen der Menschheit zu besseren Zeiten verkörpert“. Und er fügt hinzu, eine neue Generation von Europäern trägt in sich die Hoffnung der Welt. Es wäre mein tiefster Wunsch, dass diese Generation von neuen Europäern schon geboren wäre. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

### **Lorenz Gallmetzer**

Danke Manuel Luchert für diese gar nicht so pessimistische Einschätzung und vor allem diese sehr akribische Analyse natürlich mit Schwerpunkt Frankreich, weil doch das französische Nein bei dem Verfassungsreferendum der Erschütterungs- und Erdstoß war, der in Europa insgesamt noch vor einem Um- oder Neudenken vor allem einmal eine große Ratlosigkeit ausgelöst hat. Es gibt jetzt eine ganze Palette sehr vielfältiger Fragen zu diskutieren. Die zwei Hauptelemente, die mir doch auch durch die Wahlen jetzt in Deutschland signifikant erscheinen, sind, dass man versucht die Frage zu stellen nach dem sozialen Modell. Gibt es überhaupt ein spezifisch europäisches soziales Modell, das zu verteidigen es gilt? Insofern glaube ich auch nicht, dass das Nein so speziell französisch ist. Selbst Helmut Schmidt hat in der *Zeit* geschrieben, hätte man in Deutschland ein vergleichbares Referendum gemacht, das Ergebnis wäre wahrscheinlich nicht sehr viel anders ausgefallen. Welche Ängste vom nationalen Reflex bis hin zu den sozialen Ängsten sind die Ausschlag gebenden, die zur Zeit die Bürger bewegen? Wenn man zuerst über diese neue soziale Formierung zwischen Globalisierung und Protektionismus – es gibt ja auch sehr viele protektionistische Reflexe zur Zeit – und dann den nationalen Reflex gegenüber der Erweiterung die ersten Wortmeldungen aus dem Publikum probiert.

### **Frage**

Es ist an sich sehr schade, dass nur drei Länder demokratisch abstimmen durften, obwohl die anderen 22 Länder sich auch als Demokratien bezeichnen. So wird eigentlich die echte Einstellung zu der EU und ihren Problemen nie zum Vorschein kommen. Denn es nützt nichts, wenn es die Parlamentarier ratifizieren, wenn dieser Vertrag in Kraft treten sollte, sind diese Damen und Herren schon längst in Pension. Deswegen plädiere ich dafür, dass es vielleicht möglich wäre, dass die restlichen EU-Staaten auch Volksabstimmungen durchführen. Natürlich müsste man die Bürger fragen. Man hat erklärt, die wissen ja gar nicht, worum es in dieser Abstimmung geht. Es wäre eine Monate lange, wenn nicht Jahre lange Aufklärungsarbeit notwendig und dann müssten die Länder Europas als Demokratien abstimmen dürfen.

### **Frage**

Richtig wurde gesagt, es geht darum, welches Europa wollen wir. Wollen wir die soziale Republik Europa? Oder wollen wir die soziale Kälte eines turbokapitalistischen Europas? Das ist die entscheidende Frage. Wenn man denkt, es gibt in Europa an die 20 Millionen Arbeitslose, dann ist das die Kernfrage. Wir erleben auch die Demontage des europäischen Kulturgutes Sozialstaat. Sozialstaat heißt halt auch ein möglichst hohes Niveau an Beschäftigung, ein möglichst hohes Niveau der Gesundheitssicherung, ein möglichst hohes Niveau in der Bildung. Alle diese Dinge erodieren doch in immer schnellerer Zeit, in immer kürzerer Zeit. Das sind eigentlich die entscheidenden Fragen. Bei der Frage der Erweiterung muss man auch sagen, die, die jetzt beigetreten sind, haben natürlich eine besondere historische Erfahrung. Daher ist für diese Länder, für Ungarn, für Polen, Washington wichtiger als Brüssel. Das muss uns auch klar sein. Das sind die eigentlichen Fragen, mit denen wir uns als Sozialdemokraten ganz entscheidend auseinandersetzen müssen. Einfach,

wir wollen die soziale Republik Europa. Wir wollen das europäische Kulturgut Sozialstaat in seinem umfassenden Sinne nicht mehr verteidigen, sondern auch wieder aufbauen.

### **Gallmetzer**

Da muss ich mich selbst kurz einbringen. Sie selbst haben ja die neuen Mitglieder angesprochen. Da kann man sagen, ein Teil Europas geht davon aus, und selbst in jenen Ländern wiederum nur ein Teil jener Länder, geht davon aus, dass man den Sozialstaat in der herkömmlichen Form behalten sollte, während, natürlich von Großbritannien zu schweigen, man auch in den neuen Mitgliedsländern nicht so überzeugt ist, dass die Beibehaltung eines reglementierten, aber doch sehr großzügigen Sozialstaats Zukunft hat. Die Frage wäre schon zu diskutieren. Vielleicht gibt es noch ein oder zwei Wortmeldungen dazu. Die Frage, zerstört die Globalisierung das europäische Sozialmodell? Oder ist die jetzige Europapolitik der jetzigen Regierungen, sprich der 15 vor der Erweiterung, das Werkzeug, wie die französischen Nonisten, die Nein-Sager, gesagt haben, das Vehikel, über den der Neoliberalismus die Festung des sozialen Europa nimmt?

### **Frage**

Ich möchte die Frage, die Sie jetzt gerade in den Raum gestellt haben, noch etwas verstärken. Wie weit sehen Sie überhaupt die Gefahr, dass gerade diese soziale Frage und im Zusammenhang damit auch die Auswirkungen der Globalisierung in der EU selbst eine Sprengkraft entwickeln? Es war ja sowohl vor der EU-Verfassungsabstimmung immer wieder von Abgeordneten verschiedenster Länder zu hören, wie lang lassen wir uns das von den Briten noch gefallen, dass sie in verschiedensten Bereichen auf Grund dieser unterschiedlichen Auffassungen einfach Sachen blockiert haben.

### **Frage**

Ich hätte drei Fragen an Herrn Lucbert. Dieser europäische nationale Schrebergarten, so würde ich ihn bezeichnen. Hängt es nicht davon ab, dass sich die großen politischen Parteien auch auf nationaler Ebene nur bewegen und nicht noch die Kraft gehabt haben, europäisch zu denken? Als ich vor fünfzig Jahren der sozialistischen Partei beigetreten bin, war die Sozialistische Internationale das Traumziel. Heute stellt sich für mich die Situation so dar, dass diese Internationale nicht nur ein zahnloser Tiger – ich sage immer ein zahnloses Mäuslein – ist. Das gilt wahrscheinlich auch für die anderen großen Parteien. Die zweite Frage, die teilweise auch schon angesprochen ist, ist die Rolle Großbritanniens bzw. besser gesagt Englands. Ich glaube, einfach auf Grund der ganzen Geschichte passt Großbritannien mehr zu den Vereinigten Staaten von Amerika als 53. Staat als zu Europa und ist eigentlich ein Störenfried, ein Bremser in meinen Augen. Das dritte ist sicherlich die soziale Frage, die Arbeitslosigkeit und das ganze Umfeld. Ich glaube, was auch zur Ablehnung in Frankreich und den Niederlanden und wahrscheinlich auch in den anderen Staaten führt, ist die Ablehnung des amerikanischen Weges, den wir ja immer wieder erleben, und wo wir selbst bei der Katastrophe von New Orleans sehen, wohin dieser Weg des Amerikanismus führt. Da sollte Europa und vor allem die Sozialistische Internationale doch etwas mehr aufwachen als bisher.

### **Lucbert**

Man sieht mit diesen ersten Wortmeldungen, wie stark und wie prägnant die soziale Frage ist. Das erstaunt mich nicht. Zur ersten Frage, das Recht der Mitgliedsstaaten, Volksabstimmungen in den 25 Staaten zu organisieren. Sie wissen, dass bis jetzt vier Staaten, Spanien, Frankreich, die Niederlande und Luxemburg, Abstimmungen organisiert haben. In zwei von diesen Staaten war die Antwort Ja, in den zwei anderen war die Antwort Nein. Es ist natürlich schade, dass wir nicht vier Ja gehabt haben, aber so ist es. Was haben die



europäischen Staaten im Juli beim letzten Europarat beschlossen? Sie haben beschlossen, darüber nachzudenken, dass jeder Staat macht wie er will. Aber wenn Volksabstimmungen nicht stattfinden, wie es vorgesehen war, dann ist das das gute Recht der betroffenen Länder. Ein Staat ist souverän. Jeder Staat kann einen Vertrag – weil es handelt sich im Grunde um einen internationalen Vertrag – ratifizieren, wie er will, wenn er die inneren verfassungsrechtlichen Regeln respektiert. In Frankreich hätte man diesen Verfassungsentwurf auch durch das Parlament ratifizieren können.

Die soziale Republik, die soziale Frage. Das ist der Kernpunkt der Betrachtungen, der Reaktionen der Leute. Ich muss gestehen, dass es nicht so leicht ist für die Europäische Union, dieses Problem zu meistern. Die Agrarpolitik ist sehr interessant in dieser Hinsicht. Während vieler Jahre hat die Europäische Union eine Verteidigung gegen die Außenwelt bedeutet. Wir hatten einen gemeinsamen Zolltarif an der Grenzen der Europäischen Gemeinschaft. Das wurde zu einem großen Teil abgebaut. Noch dazu hat in den letzten zehn, fünfzehn Jahren das Phänomen der finanziellen und wirtschaftlichen Globalisierung eine große Bedeutung erlangt. Jetzt leben alle europäischen Wirtschaften in einer völlig globalisierten Welt. Bis jetzt hat noch niemand die Lösung gefunden. Wie kann man noch verteidigen, noch retten, was am Beginn war, was die Substanz des europäischen Sozialmodells bildet, wenn man zur gleichen Zeit an der globalisierten Wirtschaft teilnimmt? Das ist eine sehr schwierige Frage. Damit werden wir noch Jahre leben müssen. Aber ich glaube, dass es besonders für linke Parteien absolut notwendig ist, darüber nachzudenken und Vorschläge zu machen und zu versuchen, Lösungen zu finden, weil sonst – und das zeigt meiner Meinung nach ganz klar das Ergebnis in Frankreich und auch bei den Wahlen in Deutschland das gute Ergebnis dieser Linkspartei - werden die Wähler nicht mehr an Europa glauben. Wenn Europa nicht fähig ist, sie zu verteidigen gegen alle diese Angriffe von transnationalen Unternehmen – sehen Sie, was z.B. jetzt in Frankreich passiert mit Hewlett Packard. Die Regierung versucht, Hewlett Packard zu sagen, nein das können sie nicht tun, sie können nicht von einem Tag auf den anderen Tausende Leute raus werfen und ihre Produktionsstätte verlagern. Doch das funktioniert nicht mehr. Die Leute werden mehr und mehr Distanz nehmen zu diesem riesigen europäischen Traum. Das wäre natürlich sehr schade.

Noch ein Punkt. Die Lage der Europäischen Sozialistischen Partei – dieser so genannten Partei – ist miserabel, das ist überhaupt keine Partei. Sogar die Kooperation innerhalb dieser Partei funktioniert nicht sehr gut. Das ist ein Rückzug. Da gibt es kein Gleichgewicht. Die Wirtschaft ist globalisiert, aber die politischen Kräfte sind immer noch national, wirken immer noch auf der nationalen Ebene, weil sie immer noch im Rahmen des Nationalstaates handeln. Ich habe das persönlich ein bisschen aus der Nähe betrachtet. Ich sehe leider keinen raschen Fortschritt in dieser Frage.

### **Gallmetzer**

Ich möchte selbst einen Zwischenruf machen. Jetzt weiß ich nicht mehr, welcher der beiden Brüder vom früheren deutschen Bundespräsidenten Weizsäcker gemeint hat, der Kapitalismus hätte sich so lange bändigen und zähmen lassen, so lange es die Gefahr des Kommunismus gab, also bis vor fünfzehn Jahren, denn es war im Interesse auch Amerikas, nicht nur in Europa, dass man nicht nur aus Demonstrationszwecken zeigen hat müssen, dass man ein halbwegs funktionierendes Sozialsystem hatte, sondern dass man vermeiden musste, dass die soziale Frage in den westlichen Gesellschaften eine derartige Zuspitzung erfährt und somit Linksparteien, populistischen oder anderen, zum Auftrieb verhelfen könnte. Mit dem Fall der Berliner Mauer hat es keinen Grund mehr gegeben, eine politische Zählung oder Selbstkontrolle des Kapitalismus zu akzeptieren. Das sollte man berücksichtigen. Was sind

heute noch politische Argumente, die bei den G7+1 Gipfeln die mächtigen Entscheidungsträger der Weltpolitik bewegen könnten zu sagen, Achtung, wenn wir nicht selbst regulierende Elemente einführen, dann spitzt sich das zu einer Situation zu, über die wir die Kontrolle verlieren? Ich glaube, dass diese internationale Rahmenbedingung nicht mehr weg zu denken ist. Es gibt zwar diese zwei Tendenzen, die linken Kritiker von Attac bis die neue Linke in Deutschland, die sagen, Europa könnte bestenfalls so – wie es das französische Modell ja immer war – wie ein Nationalstaat gegenüber Amerika funktionieren, d.h. europäischer Protektionismus, europäische Harmonisierung der Steuer und der Wirtschaft gegen die böse Welt da draußen. Die böse Welt heißt dann China, heißt Indien, heißt Lateinamerika, heißt Südafrika, ist ja nicht nur die USA. Oder die rechte Variante davon: zurück zum Nationalstaat. Jeder Staat für sich selbst. Und die großen fühlen sich dann stärker, und die kleinen haben halt Pech gehabt. Ich glaube, dass beide Varianten nicht gehen werden. Es ist wirklich die Frage, was kann noch einmal zu einem politischen Umdenken führen, weil man die Risiken des entfesselten reinen Konkurrenzkapitalismus ...??? Herr Botschafter Wolte, Sie wollten sicher mehr zum Institutionellen sagen. Aber dass man das im Hinterkopf behält, weil sonst scheint das so aussichtslos.

### **Frage**

Wolte. Nein, im Gegenteil. Ich glaube, wir können alle die Gedanken, die Sie jetzt geäußert haben über ein umfassendes Sozialmodell, durchaus teilen. Ich erinnere nur daran, dass Jacques Delors, wenn es zur sozialen Frage gekommen ist, sehr zurückhaltend war. Das war ja interessant. Obwohl er praktizierender Katholik und bekennender Sozialdemokrat war, war er auf dem Gebiet äußerst zurückhaltend. Wenn wir ganz ehrlich sind, wir sind ja alle eher dafür, dass die soziale Frage im nationalen Verantwortungsbereich bleibt. Herr Lucbert, glauben Sie, dass die europäische Verfassung tatsächlich zu wenig sozial ist? Ich könnte einige Punkte zitieren vor allem aus der wunderschönen Präambel, die ja ein Meisterwerk ist. Ich habe doch den Eindruck, dass hier eine ganze Reihe von Fragen in der Verfassung angesprochen werden. Ich habe genügend mit österreichischen Sozialdemokraten gesprochen, die sagen, es ist nicht alles, was wir uns vorstellen können, aber es ist doch durchaus zufrieden stellend.

Zurück zu Luxemburg und die Nichteinigung über die finanzielle Vorschau. Ich weiß nur aus vielen Hintergrundgesprächen, niemand hat unter der luxemburgischen Präsidentschaft eine Einigung erwartet. Es war zu früh. Im Gegenteil, Juncker hat es so weit voran getrieben, dass man gedacht hat, es könnte doch gehen. Aber es ist eben nicht gegangen. Aber erwartet wurde es nicht.

Und was Sie gemeint haben zu Washington. Da kann ich nur hoffen, dass dieses Kapitel jetzt endgültig vorbei ist, dass die neuen zehn Mitgliedsstaaten nach Brüssel schauen und nach Wien schauen und nach Strassburg und nach Luxemburg und nicht nach Washington. Sie haben es einmal getan im Zusammenhang mit der Irakfrage. Und es war beschämend, dass das passiert ist. Vielleicht ist die Wortmeldung von Chirac etwas hart ausgefallen, aber im Kern war das schon richtig.

Nur ein letztes Wort noch zur Erweiterung. Was ist eigentlich seit dem 1. Mai 2004 passiert? Ist die Europäische Union gescheitert? Sind jetzt auf einmal die Entscheidungsprozesse zum Erliegen gekommen? Ist irgendetwas Grauenhaftes passiert? Diese im übrigen sehr pessimistischen Prognosen sind doch gescheitert. Es ist viel besser gegangen, als man geglaubt hat. Die neuen Staaten haben sich besser eingegliedert, als man glauben konnte.

**Lucbert**

Ich möchte diese Fragen gleich beantworten. Ich bin sehr froh, Herrn Botschafter Wolte hier wieder zu sehen. Wir haben uns in Peking kennen gelernt. Das ist eine sehr gute Erinnerung. Zu Ihren Fragen. Was ich versucht habe zu sagen, ist nicht unbedingt oder nicht immer meine Meinung. Das ist nur ein Versuch zu verstehen, warum es so geschehen ist, warum eine Mehrheit von Leuten in Frankreich Nein gesagt hat. Man muss das ganz genau studieren. Was sind die Gründe dafür? Ich persönlich habe Ja gewählt. Ich habe für diese Verfassung gestimmt. Meiner Meinung nach ist diese Verfassung sozial genug. Es gefällt mir, was drin ist. Die Grundrechtecharta, die neuen Artikel über die sozialen Probleme und über die öffentlichen Dienste. Nur für eine Mehrheit der Bevölkerung hat das nicht genügt. Man kann nicht so tun, als ob nichts geschehen wäre. Deshalb ist es so wichtig, sich diese Fragen zu stellen und zu sehen, was falsch war in der Argumentation mancher Nein-Wähler und was richtig war. Da hätte man vielleicht ein bisschen mehr zuhören sollen.

Sie haben von Delors gesprochen. Sie haben ganz Recht. Delors als Sozialexperte ist immer sehr zurückhaltend in der Frage der Harmonisierung innerhalb der Europäischen Union in diesen sozialen Fragen. Man kann das sehr einfach verstehen. Ich glaube persönlich nicht, dass wir in Europa ein so genanntes soziales Modell haben. Wir haben gemeinsame Werte in der Sozialpolitik. Aber jeder Staat hat sein soziales Modell. Es ist fast unmöglich, die Sozialpolitik und das französische Sozialmodell mit dem dänischen oder mit dem österreichischen oder mit dem deutschen zu vergleichen. Es wäre Wahnsinn zu versuchen, eine totale Harmonisierung dieser verschiedenen Modelle zu erreichen. Aber wir haben gemeinsame Werte. Wir wissen, was wir nicht wollen. Diese Werte müssen wir versuchen, in die Wirklichkeit, in das europäische Gesetz zu bringen. Da ist wahrscheinlich ein Mangel an Willen, um rascher voran zu gehen in diesen Fragen. Man geht viel rascher vor, um den inneren Markt zu vereinigen, als in Fragen der sozialen Verteidigung, was z.B. die Wochenarbeitszeit angeht oder den Schutz der Arbeiter am Arbeitsplatz betrifft.

**Gallmetzer**

Steuerharmonisierung täte schon gut?

**Lucbert**

Steuer ist schon etwas anderes. Aber wir sprechen von sozialen Problemen. Da ist wahrscheinlich ein Mangel an Willen.

**Gallmetzer**

Man sollte nicht vergessen, noch den anderen wichtigen Aspekt, der zu diesen Nein-Stimmen und wahrscheinlich auch zu viel Missstimmung gegenüber der EU und der Erweiterung führt, nämlich der nationale Reflex. Der vermischt sich manchmal, wenn vor allem in Deutschland an die Debatte mit dem polnischen Schlachter und irgendwelchen Handwerkern denkt. In Frankreich ist der Begriff des polnischen Installateurs geschaffen worden, d.h. also die Angst vor den billigen Arbeitskräften. Ich würde sagen, dass man vielleicht in der Diskussion noch den Aspekt der identitären Angst einbringt. Natürlich war Frankreich und Holland mit einer starken moslemischen Gemeinschaft noch mehr davon betroffen. Aber die Stimmung insgesamt in der europäischen Bevölkerung ist derzeit nicht sehr integrationswillig und zuzugswillig. Die Schweizer haben zwar gesagt, EU-Leute sollen zuziehen, was eh schon ein Wunder ist, aber eigentlich eher damit sie dann sagen können, sie haben genug getan und brauchen nicht der EU beizutreten.

### **Frage**

Die Zukunft der Europäischen Union wird auch damit zusammenhängen, dass sie akzeptiert wird. Da geht es darum, Leistung zu bringen für die Bürger, Vertrauen zu schaffen, etwas vorzugeben. Da sehe ich drei Aspekte, die besonders interessant sind. Da wäre einmal, die Entscheidungsstrukturen in der Europäischen Union und die demokratischen Strukturen sind fortzuentwickeln. Da gibt es viele Möglichkeiten und viele Potenziale. Entscheidung und Demokratie, das muss viel besser werden. Das ist wichtig für die Bürger, um Vertrauen zu haben. Das zweite wäre der Punkt Sicherheit. Sicherheit generell, persönlich, oder die Frage Krieg und Frieden und Terrorismus. Da gab es ja auch eine Spaltung innerhalb der Europäischen Union, Irakkrieg ja oder nein. Ich kenne eine Einrichtung, die heißt ICPC. Ich habe bei der UNO gesehen, wie das vorgestellt wurde von einem Diplomaten aus Italien. Das ist eine europäische Organisation zur Vorbeugung von Krisen, von Konflikten. Man kann einen Krieg natürlich drei Tage vorher nicht mehr verhindern, aber fünf Jahre, zehn Jahre vorher wäre es ziemlich leicht möglich, wenn man sieht, wo gibt es große Ungerechtigkeiten und wo gibt es ein geringes Konfliktlösungspotenzial. Das wäre viel billiger. Dritter Punkt ist die Zukunft der Arbeit. Die Leute haben Angst um ihre Zukunft und haben auch zu Recht Angst. Was gibt es für Möglichkeiten? Wo sind die großen Gefahren? Wir müssen schauen, dass unsere Bildung besser wird. Da können wir von Finnland einiges lernen. Die machen nämlich einen Numerus Clausus bei Lehrern und zwar eine Knock-Out-Prüfung für Menschlichkeit. Das ist eine gute Idee. Und der Schlusspunkt, wir können hier in der Europäischen Union ein Sozialdumping und ein Ökodumping bis zum geht nicht mehr machen. Das wird alles nichts nützen, wenn diese verrückten Währungsrelationen – eine Stunde hier kostet 100 Euro und dort 1 Euro – nicht harmonisiert werden, dann ist keine Chance. Wir haben irrsinnige Chancen im Umweltschutz z.B. Etwa bei alternativen Energien haben wir große Erfahrung in Europa. Da könnten wir viel draus machen.

### **Frage**

Soziale Frage, Arbeit. Das deutsche Volk, dessen großer Denker Friedrich Nietzsche die Worte geschrieben hat: „Ein Beruf ist das Rückgrat des Lebens“, hat fünf Millionen Arbeitslose. Wenn Sie sich in die Bibliothek setzen und die Zeitungen durchblättern, werden Sie sehen, dass die Arbeitslosigkeit nie ein adäquates Problem war. Wenn ich das nicht als adäquates Problem sehe, kann ich es nicht lösen. Das ist ganz einfach. Zweitens, Demokratie. Es hat nie eine wirklich adäquate Diskussion der europäischen Einigungsbemühungen gegeben, die ja nicht begonnen haben mit den Römer-Verträgen sondern mit dem Europarat. Da gibt es ganz üble Sachen. Lassen Sie mich aber nur eines sagen zur österreichischen Situation. Man spricht immer, dass es keine Nähe vom Europarlamentarier zum Volk gibt. Swoboda war vielleicht vor einem Jahr bei unseren Jungsozialisten. Ich frage einen Jungsozialisten, ihre Antwort wörtlich: zum Erbrechen.

### **Frage**

Lennkh. Vielleicht doch zur Frage der Mitgliedschaft. Es war interessant, dass du dieses eine Zitat gebracht hast, zwölf sind gerade noch gegangen und fünfzehn waren schon zu viel. Schauen wir, was da passiert ist. Der Bruchpunkt war doch 1989. Der Zusammenbruch im europäischen Osten und eine völlige Veränderung der Welt. Jedes einzelne Land in Europa musste seine Situation, seine Position, seine Beziehungen zu den anderen neu bewerten. Frankreich genau so wie Österreich. Österreich, Schweden, Finnland haben ihre Anträge nach 1989 gestellt. Die Frage, die wir uns heute stellen können, ist, warum ist uns nichts anderes eingefallen 1989 für dieses andere Europa? Damals war es natürlich relativ schön und heroisch und romantisch, von einem Europa zu reden, das jetzt wirklich bis zum Ural hin reicht. Das hat uns alle möglichen Ideen gegeben, nur konkret in der institutionellen Ausformung nicht. In der NATO wollten wir sie auch nicht alle haben, aber dann müsste man

ein Konkurrenzunternehmen schaffen. Auch Frankreich hat keine neue Ideen gebracht in dieser Zeit. Ganz und gar nicht in Wirklichkeit. Jetzt haben wir also die Bescherung. Jetzt sind Österreich, Finnland und Schweden beigetreten und zehn weitere. Die Frage ist, was machen wir jetzt? Da hast du schon Recht.

### **Gallmetzer**

Heute gibt es die Meldung, Mazedonien und Montenegro bitten Österreich zu helfen, dass sie auch bald beitreten können. Und das wird so weiter gehen.

### **Lennkh**

Ganz richtig. Die Frage ist jetzt, wie kommen wir von der reinen Institution Europa, die wir geschaffen haben hin zu Europäern. Das ist ein viel längerer Prozess, das ist schon klar. Nur auch da wird es notwendig sein, dass Frankreich genau so wie ein paar andere, wenn sie es wirklich wollen, sich auf diesen mühsamen Weg begeben, jetzt endlich mit den Leuten darüber zu reden, was es heißt, Europäer zu sein. Das erste wäre vielleicht, eine europäische Zeitung zu gründen. Aber schon das wird uns schwer fallen.

### **Lucbert**

Es ist interessant, dass im Gegensatz zu dem Beginn dieser Geschichte, man heute nicht mehr von den Vereinigten Staaten Europas spricht. Am Anfang hat Jean Monnet dafür plädiert. Das war das Motto, das war das Ziel. Man ist ein bisschen bescheidener geworden und realistischer und davon überzeugt, dass die Nationalstaaten noch lange bestehen werden im Rahmen einer größeren Organisation, die sich heute Europäische Union nennt, gestern Europäische Gemeinschaft nannte und morgen vielleicht einen anderen Namen haben wird.

Die dialektische Bewegung zwischen den nationalen Entscheidungen, den nationalen Zielen, die jeder Staats stets verfolgt innerhalb der Union, und die gemeinsamen europäischen Ziele ist eine sehr schwierige Dialektik. Man soll nicht glauben, dass vom Tag an, da Frankreich oder Großbritannien oder Österreich zu der Europäischen Union gehörten, diese Staaten plötzlich beschließen, dass sie als Staaten keine eigene Politik mehr haben. Das wäre erstens dumm und zweitens unmöglich. Jeder Staat hat seine eigenen Interessen. Nur das Problem ist, dass es im Rahmen Europas genug Gemeinsamkeiten gibt, damit wir uns für gemeinsame Ziele engagieren. Die politische Linie von Tony Blair gegenüber Europa ist nicht eine euroskeptische wie die der Konservativen. Tony Blair ist sehr pro-europäisch und sagt immer, Großbritannien muss im Zentrum Europas sein. Warum sagt er das? Weil er die europäische Politik beeinflussen will und innerhalb Europas die traditionellen oder die historischen oder die Ziele, von denen er und seine Partei glauben, dass es die richtigen sind, verfolgen wird. Das Problem ist, dass diese politischen Ziele Großbritanniens nicht den Zielen Frankreichs oder den Zielen Deutschlands oder den Zielen Österreichs entsprechen. Aber Großbritannien ist in Europa, will in Europa bleiben mindestens in einem gewissen Sinne, nicht für alles, nicht für den Euro, nicht für Schengen, aber ist drinnen. Wir müssen da mitmachen. Wir müssen das akzeptieren, weil es unsinnig wäre, den Briten zu sagen, vergesst eure eigenen nationalen Interessen in der Welt, eure besonderen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten, ihr seid in Europa, es handelt sich nur um Europa, und ihr müsst für Europa handeln und nur Europapolitik führen.

Was die Europäer vor fünfzig Jahren begonnen haben, ist eine sehr komplizierte Sache. Ich hoffe, dass wir nur am Anfang dieses Prozesses sind. Ich hoffe, dass er nicht scheitert. Ich hoffe, dass er trotz der Niederlagen oder negativen Ereignisse, von denen wir heute gesprochen haben, weiter geht. Aber das muss man immer im Kopf haben. Europa bedeutet nicht, dass die Staaten, die Europa bilden, als Staaten verschwinden. Die sind immer noch da.

### **Frage**

Jankowitsch. Ich habe mich ein bisschen gewundert, Manuel, du hast mit keinem Wort erwähnt die deutsch-französische Kooperation. Es braucht ja jede internationale Organisation eine Regierung, eine dynamische Kraft, die das Ganze voran treibt. Das ist in den Vereinten Nationen der Sicherheitsrat. In der realen Verfassung, natürlich nicht in der geschriebenen Verfassung, in den geschriebenen Verträgen, der Europäischen Union war das immer die deutsch-französische Kooperation, die natürlich sehr unterschiedlich sein konnte. Es gab unglaubliche Freundschaften – Adenauer und de Gaulle, Kohl und Mitterrand, vielleicht Schröder und Chirac war nicht so großartig -, aber letztlich beruht ja sehr viel in Europa darauf, dass sich diese beiden Länder über Dinge einigen. Die Einführung des Euro wäre undenkbar gewesen ohne diese Konzession der Deutschen, dass sie die D-Mark aufgegeben haben. Wie schaut es aus aus deiner Sicht mit der deutsch-französischen Kooperation, die ich nach wie vor für sehr entscheidend halte für den Erfolg Europas?

### **Frage**

Ich würde gerne zwei Bemerkungen machen. Das eine ist, rückblickend erscheint es mir an diesem Punkt der Diskussion interessant sich zu erinnern an 1996, die Amsterdamer Regierungskonferenz. Damals war ja immer noch der Gegensatz, was wird zunächst kommen, die Vertiefung oder die Erweiterung? Wenn man Zeitzeugen dieser Verhandlungsnacht gehört hat und jetzt noch befragen kann, dann war es damals sehr nahe an einer Einigung im institutionellen Gefüge. Auf Grund unglücklicher Umstände ist es damals nicht gelungen, diesen gordischen institutionellen Knoten zu durchdringen und dieses Thema weg zu bekommen. Natürlich haben die Beschlüsse zur Erweiterung in der Folge ihre eigene Dynamik und Richtigkeit und Logik gehabt. Man hat mit dem Versuch, institutionell das Versäumnis, die Hausaufgaben nachzuholen, eigentlich nicht mehr den richtigen Schwung gehabt. 1996, die Amsterdamer Konferenz wäre noch ein Moment gewesen, nahe genug an 1989 um gerade noch die Kurve zu kratzen. Mich hat sehr interessiert, Herr Gallmetzer, die Frage nach Selbstfesselungskräften. Mir erscheint ein solches Beispiel der Vorschlag nach einer Steuer auf Finanztransaktionen. Wenn man weiß, dass mehr als drei Viertel der Transaktionen nicht mehr einem Austausch von Gütern oder Produktionen entsprechen, sondern reine Finanztransaktionen sind, und die Tendenz weiter steigend, dann ist das einfach ein Bereich, den man miterfassen muss, wenn man den Staat und seine Leistungen umbauen will. Ob das jetzt Teil der österreichischen Position ist, wie es der Fall ist, ob das von Attac kommt und auf der Attac Homepage zu lesen ist, das scheint ein guter Vorschlag zu sein, wenn viele politische Lager sich da finden.

### **Lucbert**

Ich möchte die Frage des Herrn Botschafters Jankowitsch beantworten. Die deutsch-französische Freundschaft ist da, glücklicherweise, aber sie genügt nicht mehr. In einer Europäischen Union, die heute fünfundzwanzig Mitglieder hat, genügt meiner Meinung nach der Wille von Frankreich und Deutschland nicht mehr, um die Union in Bewegung zu setzen. Die Sache ist viel komplizierter geworden. Wir müssen uns daran gewöhnen, mit anderen Varianten zu arbeiten. Natürlich sieht man nichts davon bis jetzt. Georg Lennkh hat gesagt, dass Frankreich keine neuen Ideen gebracht hervor gebracht hat. Ich glaube, das stimmt sogar zu einem großen Teil. Ich persönlich bedaure sehr das Schweigen Frankreichs nach den verschiedenen Vorschläger deutscher Politiker – Schäuble, Lammers, Fischer. Das war vielleicht die Meinung von Vedrine, dass es eben nicht genügt, sich mit Deutschland zu verständigen. Und das stellt die Probleme der Zusammenarbeit mit den anderen. Es ist unmöglich geworden, dass nur diese beiden Staaten jetzt den anderen sagen, was zu tun ist. Wir müssen z.B. in der Frage der Verteidigungspolitik unbedingt mit Großbritannien

kooperieren. Zum Teil gelingt das. In anderen Fragen müssen wir mit Spanien, morgen mehr und mehr mit Polen arbeiten. Natürlich wäre es schade, wenn in diesen neuen Kooperationsformen Frankreich und Deutschland nicht dabei wären. Aber Deutschland und Frankreich allein genügt nicht. Die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten sind heute stark genug, um möglich zu machen, dass wir ein bisschen weiter sehen und andere Kooperationsformen mit mehreren anderen Ländern zusammenbringen.

### **Frage**

Christiani. Was heute im Lauf des Abends von Ihnen beiden und vom Publikum fest gestellt wurde, hat natürlich alles seine volle Berechtigung. Aber vielleicht können wir uns auf eine Konklusion einigen. Das hat alles mit der Verfassung oder mit dem Inhalt der Verfassung fast nichts zu tun. Der erste Punkt ist, es gibt wohl kaum einen demokratischeren Prozess als den, der zu der Ausarbeitung der Verfassung geführt hat. Und zweitens, sehr viele Dinge, die heute in Europa zu Recht kritisiert werden, sind genau in diesem Verfassungswerk sehr gut geregelt. Vielleicht hat man den großen psychologischen Fehler gemacht, das Verfassung zu nennen. Ich glaube, man hätte es europäischen Vertrag nennen sollen.

### **Lucbert**

Ich stimme völlig mit Ihnen überein.

### **Gallmetzer**

Ich möchte nur die eine Frage, die heute vollkommen ausgeklammert wurde, was doch erstaunlich ist, nachdem Österreich da einen mutigen, aber auch sehr isolierten Weg geht, nämlich die Türkei-Frage stellen. Die Türkei-Frage spaltet sämtliche Parteien, sämtliche Länder, und ist auch nicht einmal so sehr politisch anzusedeln. Du, Manuel, hast zwar gesagt, du wärest eher für den Beitritt. Vielleicht kann man dazu noch eine pro- und eine contra-Meinung einholen?

### **Frage**

Zu Amsterdam. Die Frage erweitern oder vertiefen? Bei dieser Frage dürfen wir nicht außer Acht lassen den Einfluss der USA auf diese Frage gerade am Beispiel der Türkei. Die USA drängen natürlich, ihren starken NATO-Partner Türkei in die EU zu bringen. Das bedeutet, die USA müssen ein Interesse haben, eine möglichst umfangreiche, viele Staaten umfassende EU zu haben. Die lässt sich schwer koordinieren, schwer harmonisieren und fällt damit als Konkurrent eher in die dritte Reihe. Ökonomisch, politisch, etc. Bei ihrem Anspruch als Weltgendarm zu fungieren, das zeigt uns heute Herr Bush, ist das natürlich eine interessante und sehr wichtige Frage. Ich möchte Sie fragen, was Sie davon halten? Sie drängen auch auf die Aufnahme von Rumänien bis hin zur Ukraine.

### **Lucbert**

Wissen Sie, zu dieser Frage kann ich nur antworten mit der Bemerkung, dass die Vereinigten Staaten die Bildung der Europäischen Union wollten. Das wollten sie am Anfang in den 1950er Jahren. Das war eine Bedingung für den Marshall Plan. Ich würde in dieser Frage ein bisschen vorsichtiger sein als Sie. Es stimmt, dass die Vereinigten Staaten die Eingliederung der Türkei in die Union wollen, aber dabei machen sie vielleicht einen Fehler. Ist heute die Europäische Union total abhängig von den Vereinigten Staaten? Nein. Es hat begonnen, eine Autonomie zu haben. Das ist ein Prozess. Man muss das dynamisch sehen. Ich glaube sehr an die Unterschiede zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten und den europäischen Interessen. Z.B. der Krieg zwischen Airbus und Boeing. Das ist nur ein Beispiel. Aber das ist wirklich ein Krieg. Wenn die Türkei – das ist nur eine Spekulation – in zwanzig Jahren in der EU ist, vielleicht wird die EU dann noch stärker sein als jetzt, und

vielleicht wird sie noch unabhängiger von den Vereinigten Staaten sein. Die Haltung der Türkei vor dem Irakkrieg war nicht so sehr pro-amerikanisch. Das Parlament hat nicht genehmigt, dass die amerikanischen Truppen durch die Türkei durchgehen. Ich würde vorsichtiger sein und nicht die Amerikaner plakativ als die bösen Feinde. Das ist ein bisschen komplizierter.

**Gallmetzer**

Das ist die eine Frage. Aber die Hauptfrage ist doch die, ob die Europäische Union, die in so kurzer Zeit von zwölf auf fünfundzwanzig gewachsen ist, zwei kommen noch dazu, angeschlagen im Selbstvertrauen, in der Konzeption, ob sie in Bälde eine Erweiterung um ein Land wie die Türkei überhaupt verkraften könnte?

**Lucbert**

Das ist eine offene Frage. Und deshalb haben einige Mitgliedsstaaten gesagt, dass dieser Punkt ein Kriterium sein sollte für die Eingliederung der Türkei. Das hat sogar Frankreich gefordert.

**Georg Lennkh**

Wir danken Manuel Lucbert, Lorenz Gallmetzer. Manuel, weil er wirklich mit gutem Beispiel voran geht in seinem Europäertum, weil er den ganzen heutigen Abend in deutscher Sprache bestritten hat.